

Hermann Ehmer

Vom Volksbund zum Gemeindedienst

Wurzeln und wesentliche Spuren der gemeindebezogenen Dienste

Referat beim Studientag des Evang. Gemeindedienstes, Stuttgart, 7. Dezember 2005

Vorgeschichte

Ein Gang durch die Geschichte des Volksbundes und des Gemeindedienstes ist ein Gang durch die württembergische Kirchengeschichte des 20. Jahrhunderts. Allerdings handelt es sich hier um ein nur wenig bis gar nicht erforschtes Gebiet. Es wird hierbei zunächst die Geschichte des Volksbunds aufzuzeigen sein, aus dem dann der Gemeindedienst entstanden ist.

Die Entstehung des Volksbunds hängt zusammen mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Rücktritt des Königs 1918. Diesen Schritt tat bekanntlich nicht nur der württembergische König, sondern auch der Kaiser und alle übrigen deutschen Monarchen. König Wilhelm II. von Württemberg war aber nicht nur als Staatsoberhaupt zurückgetreten, sondern ebenso auch als Oberhaupt der württembergischen evangelischen Kirche. Es war nun die Frage, was aus der Kirche wird. Diese Frage hatte man schon während des Ersten Weltkriegs diskutiert, denn man war offensichtlich davon überzeugt, daß es nach dem Krieg – wie immer er auch ausgehen würde – eine Änderung geben müsse. Vollends wurde diese Frage dann nach der Novemberrevolution 1918 aktuell.

Aus dieser Diskussion ging der Begriff der Volkskirche hervor. Damit wurde zweifellos ein Gegensatz zur seitherigen Staatskirche gesetzt, denn mit Volkskirche war eine Kirche gemeint, die in der demokratischen Gesellschaft und für diese da sein wollte. Andererseits ging es auch darum, die Belange der Kirche in der Gesellschaft aktiv zu vertreten. Paul Wurster, praktischer Theologe in Tübingen, sagte in einem Aufsatz *Was nun mit unserer Kirche?* dazu folgendes: „Wenn nicht alles Phrase und Selbsttäuschung, namentlich Selbsttäuschung gewesen ist, was wir von unserer Volkskirche zu rühmen wußten, dann muß doch ein Kirchenvolk da sein, das sich um seine Volkskirche wehrt.“ Das heißt, daß die Kirche schon durch ihre Mitgliederzahl einen gesellschaftlichen Faktor und eine politische Macht darstellte, die allerdings erst noch organisiert werden mußte.

Entstehung des Volksbundes

Aufgrund dieses Anstoßes kam es zur Gründung des Evangelischen Volksbunds für Württemberg im Frühjahr 1919. Aufgabe dieses Zusammenschlusses war die Zusammenfassung und Förderung der Mitarbeit der Gemeindeglieder in den

Kirchengemeinden und der Landeskirche. Es handelte sich also um eine Laienorganisation zur Stärkung der eigenen Reihen und um die Formierung einer gesellschaftlichen Gruppe, die ihrerseits auf Gesellschaft und Politik einwirken sollte.

Vorsitzender des Volksbunds wurde Heinrich von Mosthaf (1854-1933), ein hoch angesehener Verwaltungsjurist, der – ursprünglich katholisch – während eines längeren Aufenthalts in Japan mit der Deutschen evangelischen Ostasienmission bekannt und daraufhin evangelisch geworden war. Mosthaf war bis 1918 Präsident der Zentralstelle für Gewerbe und Handel, von 1919 bis 1924 Mitglied der Kirchenregierung, die in der Zeit zwischen dem Rücktritt des Königs und dem Inkrafttreten der Verfassung der Evangelischen Kirche in Württemberg amtierte. Mosthaf war sodann von 1919-1933 Vorsitzender des Evangelischen Volksbundes. Eine wesentliche Rolle bei der Gründung des Volksbundes und dessen Leitung spielte noch Jakob Schoell (1866-1950), 1918-1933 Prälat von Reutlingen, ferner Dr. Adolf Dörrfuß (1875-1948), Dekan in Weikersheim, seit 1926 Crailsheim, ab 1932 in Ludwigsburg. Dr. Dörrfuß gehörte von 1919-1933 dem Vorstand des Volksbundes an.

Der Volksbund hatte 1922 rund 225.000 Mitglieder in 738 Ortsvereinen. 1932 waren es 130.000 Mitglieder und 1933 immerhin noch 115.000 Mitglieder in 515 Ortsgruppen. Man kann also sagen, daß der Volksbund tatsächlich eine kirchliche Massenorganisation darstellte und in der Mehrzahl der württembergischen Gemeinden vertreten war. Diese große Zahl von Mitgliedern wußte man auch politisch einzusetzen. Als die Schulfrage zur Entscheidung anstand, nämlich die Frage, ob es weiterhin Religionsunterricht und Konfessionsschulen im Lande geben sollte, sammelte der Volksbund im Februar 1922 fast 600.000 Unterschriften, die dann dem württembergischen Landtag überreicht wurden. Dieses Votum bewirkte, daß beide Anliegen verwirklicht wurden. Danach setzte allerdings eine leichte Abnahme der Mitgliederzahl des Volksbundes ein. Der Grund dafür war, daß sich die Verhältnisse einigermaßen stabilisiert hatten, wenigstens im Hinblick auf die grundsätzlichen Entscheidungen, die sich durch die neue Situation nach dem Ende der Monarchie für die Kirche ergeben hatten.

Leitende Personen des Volksbunds

Mit der Bewältigung der Aufgaben des Volksbundes waren hauptamtliche Geschäftsführer befaßt, nämlich Richard Lempp (1883-1945) 1919-1924, dann Dekan in Esslingen, Hermann Ströle (1878-1950) 1919-1927, dann Dekan in Ravensburg, schließlich Heidi Denzel (1883-1975), eine der Personen, die mit ihrer langjährigen Tätigkeit - in ihrem Fall von 1919-1948 - eine Brücke zwischen Volksbund und Gemeindedienst darstellen.

Zu der zweiten Generation der Geschäftsführer gehört Heinrich Pfisterer (1877-1947) 1927-33, dann Dekan in Marbach, Dr. Kurt Hutten (1901-1979) 1928-1933, dann Geschäftsführer beim Evang. Presseverband für Württemberg, ferner Friedrich Hilzinger (1893-1948) 1928-

1933, dann im Pfarramt, und schließlich Gotthilf Weber (1900-1987), Geschäftsführer im Volksbund und im Gemeindedienst 1931-1936, dann im Pfarramt.

Von den Geschäftsführern des Volksbundes ist aus mannigfachen Gründen hervorzuheben August Springer (1884-1960), der 1924-1933 Geschäftsführer für soziale Arbeit war. Unter anderem ist Springer auch deswegen zu nennen, weil er eine Autobiographie hinterlassen hat, die unter dem Titel *Der Andere das bist Du. Lebensgeschichte eines reichen armen Mannes* (Tübingen 1954) erschienen ist und somit auch eine Quelle für die Geschichte des Volksbundes darstellt. Springer war ursprünglich Schuhfabrikarbeiter in Tuttingen, wo er sich der evangelischen Jugendarbeit anschloß. Mit großem Bildungshunger arbeitete er sich zum Sekretär des Landesverbands der evangelischen Arbeitervereine Württembergs empor. Im Ersten Weltkrieg wurde er 1916 schwer verwundet; die Hirnverletzung machte ihm lebenslang zu schaffen. Im Volksbund entfaltete er eine rege Vortragstätigkeit, wobei er seine Einstellung als religiöser Sozialist nicht verhehlte. Springer war deswegen nicht unumstritten, vielmehr wurde er von verschiedenen Seiten angegriffen, vom bürgerlichen Lager, weil er Sozialist war, vom sozialistischen Lager, weil er Christ war. Besonders war es Springer um einen Ausgleich zwischen Stadt und Land zu tun, als infolge der Inflation von 1923 viele Stadtbewohner verarmten und um ihren Lebensunterhalt fürchten mußten. Hier trat die „Winterhilfe“ des Volksbundes ein, lange vor dem Winterhilfswerk des Dritten Reichs.

August Springer hat außerdem an den Kirchentagen der Weimarer Zeit als württembergischer Delegierter teilgenommen. Damals waren die Kirchentage keine Großereignisse, sondern sollten so etwas wie ein gesamtdeutsches Kirchenparlament darstellen. Auch bei der Weltkirchenkonferenz in Stockholm 1925 war Springer – ebenfalls als Delegierter, zusammen mit Kirchenpräsident Merz. Als Kriegsteilnehmer war Springer die Aussöhnung zwischen Deutschland und England wichtig. Schon 1922 nahm er an einem entsprechenden Treffen teil. 1926/27 konnte er eine mehrmonatige Studienreise in die USA machen. Springer war also zweifellos ein vielseitig gebildeter und erfahrener Mann.

Arbeitsweise des Volksbunds

Die Arbeitsweise des Volksbundes bestand im wesentlichen in der Erwachsenenbildung, in der Veranstaltung von Vorträgen und Diskussionen über kirchliche und soziale Fragen. Diese Vorträge wurden in einer locker erscheinenden Reihe unter dem Titel *Volksbundvorträge* veröffentlicht. Nachzuweisen sind insgesamt sechs Titel, die zwischen 1921 und 1923 erschienen. Gleichzeitig erschien von 1919-1922 eine Reihe *Untersuchungen über Glaubens- und Lebensfragen für die Gebildeten aller Stände*, in der mindestens sechs Nummern erschienen. Diese Reihe wurde durch eine andere abgelöst mit dem Titel *Wissenschaftliche Vorträge über religiöse Fragen*, in der die in den Untersuchungen erschienenen Schriften teilweise wieder aufgelegt wurden. Hier handelte es sich wohl nur zum Teil um Vorträge des Volksbunds, aber doch um Veröffentlichungen, die im Verlag des Volksbunds erschienen, weil man sie für tauglich hielt, den Zwecken des Volksbunds zu dienen. Dies waren Schriften,

die auf 20-30 Seiten in gemeinverständlicher Weise aktuelle Fragen behandelten und so der Orientierung der Gemeindeglieder dienen wollten. Eine weitere Veröffentlichung des Volksbunds sind die „Gaben“, eine Art Mitteilungsblatt, das von 1919-1932 erschien, in dem – in lockerer Folge – bestimmte Zeitfragen, aber auch kirchengeschichtliche Gedenkanklässe behandelt, zugleich aber auch Berichte über die Arbeit des Volksbunds gegeben wurden.

Der Volksbund gab ferner eine Schriftenreihe *Zeit- und Lebensfragen* heraus, in der in den wenigen Jahren zwischen 1919-1932 nicht weniger als 19 Nummern erschienen. Diese Schriften scheinen in der Regel aus der aktuellen Arbeit erwachsen zu sein und waren ursprünglich als Vorträge gehalten worden. Drei Titel zeigen auf, wie sich die Lage zwischen dem Ende des Ersten Weltkriegs und dem Beginn des Dritten Reichs entwickelte: Adolf Dörrfuß, *Was sagt das Christentum zum Krieg?* 1919; August Springer, *Der religiöse Sozialismus*, 1930; Kurt Hutten, *Nationalsozialismus und Christentum*, 1932.

Die selbstgestellte Aufgabe des Volksbundes war es, die verschiedenen gesellschaftlichen Schichten in der Kirche zusammenzubringen. Doch wurde auch Zielgruppenarbeit geleistet, etwa in wissenschaftlichen Ferienkursen und Bibelkursen, in Versammlungen und Freizeiten für Hausfrauen und Mütterkursen. Es wurde ein Institut für Hausschwesterinnen gegründet, die es überlasteten und kranken Hausfrauen ermöglichen sollten, ihre Pflichten eine Zeitlang abgeben zu können.

Der Volksbund war ferner tätig für die Hebung der Sittlichkeit und tat dies durch die Beobachtung und Begleitung von Presse, Theater und Kino. Daneben versorgte eine eigene Presseabteilung die Zeitungen mit Nachrichten.

Auflösung des Volksbunds

Unmittelbar nach der Machtübernahme 1933 setzten seitens der Deutschen Christen (DC) und der NS-Presse schwere Angriffe gegen den Volksbund und insbesondere gegen August Springer ein. Die „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (GDC) in Württemberg war 1933, noch vor der Machtergreifung Hitlers gegründet worden. Sie war eine kirchenpolitische Richtung, die von der Übereinstimmung von Nationalsozialismus und Christentum ausging. Deshalb wurde der religiöse Sozialist Springer von ihnen bekämpft. Es gab zunächst Verhandlungen hinter den Kulissen, schließlich eine Vorstandssitzung am 27. April 1933, deren Ergebnis es war, daß Springer beurlaubt und ein „Aktionsausschuß“ mit der Umbildung des demokratisch verfaßten Volksbundes beauftragt werden sollte. Durch den Druck von außen kam es also zur „Gleichschaltung“ des Volksbundes, nach einem Schlagwort der damaligen Zeit, das bedeutete, daß auch hier die tonangebende Mehrheit von Nationalsozialisten gestellt werden sollte. Dem Druck von außen entsprach aber auch eine Fehleinschätzung der Situation im Innern. Selbst ein Mann wie Kurt Hutten war vom völkischen Denken beeinflusst, ebenso vom Gedanken einer Ständegliederung des Staates statt der Demokratie, wie sie vom Nationalsozialismus angestrebt wurde. Überhaupt sah man jetzt

die Kirche auf der Seite des NS-Staates, was zu den größten Hoffnungen für deren künftiges Wirken in der Gesellschaft zu berechtigen schien.

Merkwürdig ist, daß die jüngere Generation offenbar anfälliger war für die NS-Ideologie. Anders der bereits 80jährige Vorsitzende von Mosthaf, der von seinem Amt zurücktrat, weil ihm die Geschäftsführer in den Rücken gefallen seien. In seinem Rücktrittsschreiben bat er den Kirchenpräsidenten, für den Volksbund zu handeln. Wurm erließ eine Kundgebung, in der er den Volksbund als die „Kerntruppe der Evangelischen Kirche“ bezeichnete und den Weg zu dessen Verkirchlichung wies. Das heißt, daß aus der freien Vereinigung künftig eine kirchliche Einrichtung werden sollte. Unter den gegebenen Umständen war dies freilich die einzige Möglichkeit, den Volksbund und seine Arbeit zu retten.

Mit den Planungen für die weitere Betätigung des Volksbundes wurde Dekan Wilhelm Otto (1879-1939) in Nagold beauftragt. In dessen Vorschlägen ist nun schon von der Ersetzung des Volksbundes durch den Gemeindedienst die Rede. Der Volksbund als Verein neben der Kirche sollte aufhören, an seine Stelle sollte die Organisation des freiwilligen Gemeindedienstes treten. Dieser Gemeindedienst sollte eine rein kirchliche Arbeit sein und zu den Amtsaufgaben der Pfarrer zählen. Angestrebt wurde von Otto, daß die Leiter der Gemeindedienst-Gruppen kraft Amtes in die Kirchengemeinderäte kommen sollten, wofür eine Umbildung der Kirchengemeindeordnung anzustreben war. Die Landesgeschäftsstelle des Volksbundes sollte erhalten bleiben und - dem Landesbischof unterstellt – als Landesstelle des Gemeindedienstes weiterarbeiten.

Dekan Otto oblag als kommissarischem Vorsitzenden die Abwicklung des Volksbundes. Geschäftsführer August Springer wurde zum 31. Dezember 1933 in den Ruhestand versetzt. Für den erst 49jährigen Mann war dies natürlich eine schwere Kränkung. Mit der formellen Auflösung des Volksbundes wurde dann Prälat Schoell beauftragt, der eine Mitgliederversammlung einberief, die am 5. April 1934 die Auflösung des Volksbundes beschloß.

Einrichtung des Gemeindedienstes

Mit einem Erlaß des Landesbischofs vom 27. Dezember 1933 wurde die Einrichtung des Evangelischen Gemeindedienstes für jede Gemeinde angeordnet, damit wurden die örtlichen Organisationen des Volksbundes in den Gemeindedienst überführt. In derselben Weise wurden auch die in vielen Gemeinden bestehenden Gemeindevereine aufgelöst.

Dem Gemeindedienst sollte künftig die volksmissionarische Arbeit obliegen. Zum „Landesführer“ des Gemeindedienstes wurde Oberkirchenrat Adolf Schaal (1890-1946) ernannt, der dieses Amt von 1933-1937 bekleidete. Ihm waren die „Bezirksführer“ unterstellt; der Gemeindedienst am Ort bildete einen „örtlichen Führerrat“. Diese allzu zeitgemäße Terminologie hat man aber offenbar schon 1934 abgeschafft.

Zugleich wurden Richtlinien für die Arbeit und die Organisation des Gemeindedienstes erlassen. In der Gemeinde sollte der Gemeindedienst eingeteilt sein in die „aktive Truppe“ und die „Reserve“. Die Landesstelle hatte die Arbeit der Landesgeschäftsstelle des Volksbundes weiterzuführen. Ihre Aufgabe war, Anregungen für die Arbeit in den Gemeinden zu geben, Arbeitspläne zu erstellen, die *Mitteilungen* herauszugeben, Freizeiten und Kurse zu veranstalten und Redner zu vermitteln. Die Aufsicht über den Gemeindedienst führte der Landesbischof durch einen Beauftragten. Ferner sollte ein Landesbeirat eingerichtet werden. Da die Arbeit des Volksbundes seither durch Beiträge seiner Mitglieder finanziert worden war, mußte die Frage der Kosten gelöst werden. Man wollte sie - wenigstens teilweise - durch Umlagen aufbringen.

Ein erstes Mitteilungsblatt erschien mit einem vom 10. Januar 1934 datierten Aufruf des Landesbischofs unter dem Titel *Ev. Gemeindedienst für Württemberg*. Die Titelvignette zeigt in Holzschnittmanier eine Landschaft, die an den Albrand erinnert, darin eine Kirche in der Art des Ulmer Münsters, von etlichen Häusern umgeben. Die moderne Zeit war durch ein Fabrikgebäude angedeutet, das von den Häusern etwas abgesetzt ist. Dieselbe Titelvignette war bereits seit 1929 für die *Mitteilungen* (die „Gaben“) des Volksbundes verwendet worden.

Die Folge dieser „Gaben“ wurde vom Gemeindedienst fortgesetzt, von diesen *Mitteilungen* sind jedoch bis jetzt nur 3 Nummern aus dem Zeitraum 1934-1937 bekannt. Die erste Nummer umfaßt acht Seiten, davon sind 4½ einem Aufruf gewidmet unter dem Titel: „Der Evang. Gemeindedienst ruft dich!“ Dieser Aufruf ist ganz im militärischen Jargon der Zeit gehalten, möglicherweise stammt er von Kurt Hutten. Demnach stellen sich dem Gemeindedienst drei Fronten. Die erste wird gebildet von denjenigen, die Kirche und Glauben ablehnend gegenüberstehen, die zweite Front ist die katholische Kirche und die dritte das völkisch-religiöse Schwärmertum der Deutschen Glaubensbewegung. Gemeint ist damit die von dem Tübinger Religionsgeschichtler Wilhelm Hauer (1881-1962) begründete Bewegung, die viele Elemente der NS-Ideologie aufwies, aber von den Machthabern der NSDAP wegen ihres Alleinvertretungsanspruchs abgelehnt wurde. Jedenfalls waren Männer, Frauen und die Jugend aufgerufen, im Gemeindedienst mitzuarbeiten, denn Gemeindedienst „das heißt: die Gemeinde arbeitet!“

Zu den Veröffentlichungen gehörten auch Verteilpredigten, die jeweils einen Bogen, also vier Seiten umfassen, und unter Angabe eines Liedes eine ausgearbeitete Predigt und ein Gebet enthalten. Diese Predigten sind nicht datiert, es können aber drei Serien unterschieden werden. Die eine hat am Anfang nur eine kurze Überschrift, die sich auf die Predigt bezieht, die zweite führt das Signet des Gemeindedienstes, nämlich die Buchstaben EGW, von einem Kreuz überragt, und die Bezeichnung *Evangelischer Gemeindedienst für Württemberg*. Die dritte Serie erschien unter dem Titel *Sonntagsgruß von der Evang. Kirchengemeinde*. Alle drei Serien führen am Ende stets das Impressum des Gemeindedienstes. Die zeitliche Abfolge dieser drei Serien wäre noch zu klären. Dies ist deswegen möglich, weil die Verfasser der Predigten, zumeist württembergische Pfarrer mit Angabe ihres Dienstortes, in der Regel

angegeben sind. Die Verteilpredigten waren natürlich auch zum Vorlesen gedacht. Es ist daher gut möglich, daß sie in der Kriegszeit auch den damals eingesetzten Lektoren dienten.

Eine weitere, ebenfalls angekündigte Veröffentlichung des Gemeindedienstes sollte *Die Männergemeinde* sein, ein „Blatt der evangelischen Männerwelt in der württembergischen Landeskirche“, ein kirchliches „Nachrichten- und Schulungsblatt für Männerkreise“. Diese Veröffentlichung konnte bislang nicht ermittelt werden.

Leitende Personen des Gemeindedienstes

Die Leitung des Gemeindedienstes hatte von 1937 bis zu seiner Pensionierung 1955 Prälat Theodor Schlatter (1885-1971) als Beauftragter des Landesbischofs inne. Die Kontinuität vom Volksbund zum Gemeindedienst vermittelten als Geschäftsführer Gotthilf Weber (1900-1987), seit 1931 beim Volksbund, bis 1936 beim Gemeindedienst, ferner nur noch kurze Zeit 1933 Dr. Kurt Hutten (1901-1979), und ganz besonders Heidi Denzel (1883-1975), die von den Anfängen des Volksbundes 1919 bis zu ihrer Pensionierung 1948 dabei war.

Die neue Generation der Geschäftsführer bestand aus Hans Ulrich Esche (1905-1974), der 1934-1935, und Otto Lohß (1881-1961), der von 1933-1935 beim Gemeindedienst war, ferner Julius Eichler (1900-1977) 1935-1947, der als Herausgeber der oben genannten Verteilpredigten firmierte. Weiterhin sind als Geschäftsführer zu nennen Theodor Dipper (1903-1969) 1935-1938, Dr. Karl Scheuermann (1911-1968) 1937-1945, Paul Lutz (1900-1980) 1939-1949. Diese Vorgenannten gingen anschließend in den Pfarrdienst zurück, Paul Lutz, der spätere Oberkirchenrat, wurde Dekan in Schorndorf. Wohl zur Unterstützung von Heidi Denzel war Gertrud Thomä beim Gemeindedienst tätig, bei dem sie seit 1944 erscheint.

Der Gemeindedienst im Dritten Reich

Die Arbeit des Gemeindedienstes in der Zeit des Dritten Reichs war in vier Sparten gegliedert: 1. Gemeindegemeinschaft, mit der Erarbeitung von Anregungen und Richtlinien und der Herausgabe der *Mitteilungen* und *Gaben*, 2. Volksmission und Apologetik, mit Durchführung von Rüstzeiten und Bibelfreizeiten, 3. Evangelische Frauenhilfe und Mütterdienst, 4. Evangelische Hausschwester, deren Ausbildung und die Führung des Schwesternheims in Korntal.

Vom ursprünglichen Ansatz des Volksbundes waren damit weggefallen die Arbeitsfelder Christliche Volksbildung und Volkssitte, Evangelische Schule und Erziehung, Bauernschule, Rundfunkarbeit, Kampf gegen sittliche Schäden, Soziale Fragen, Christentum und Wirtschaft, Presse und Verlag. Es leuchtet ein, daß der Rückzug aus den meisten dieser Arbeitsgebiete auf den Absolutheitsanspruch des NS-Staates zurückzuführen war, mit dem dieser nicht nur den einzelnen Menschen, sondern auch die ganze Gesellschaft mit Beschlag belegte.

Kontinuität und Neubeginn 1945

Das Ende des Dritten Reichs im Jahr 1945 bedeutete Kontinuität und Neubeginn zugleich. Eine Rückkehr zur freien Vereinsform des Volksbundes war unter den damals gegebenen Umständen unmöglich. Folglich blieb es beim Gemeindedienst und ist es bisher auch geblieben. Neu geschaffen wurde nach dem Krieg das Amt für Volksmission, das Joachim Braun (1904-2003) 1946 gründete und bis 1971 leitete. Dann sind dem Gemeindedienst in der Folgezeit weitere Aufgaben zugewachsen, die 1957 seine Neuordnung notwendig machten, da bislang immer noch die Ordnung von 1933 galt. Geschaffen wurde jetzt die „Landesstelle des Evangelischen Gemeindedienstes“ mit vier Abteilungen:

1. Evang. Gemeindedienst
2. Evang. Frauenhilfe
3. Evang. Männerwerk
4. Evang. Volksmission

Mit dieser Gliederung leistet der Gemeindedienst „einen Hilfsdienst, der den Pfarrämtern und den Kirchengemeinden gilt.“ Der Gemeindedienst als solcher umfaßte folgende Tätigkeitsfelder: Gewinnung und Pflege von Mitarbeitern, Vorbereitung der Bibelwoche, Schriftentisch, Gemeindebüchereien, Weltanschauungen, Konfessionelles, Mitarbeit in der Volkshochschule, Öffentliches Leben, Film und Theater, Politik und Soziales in Verbindung mit der Evangelischen Akademie, Evangelische Erziehung und Familie. Hierfür gab es zwei Pfarrämter, nämlich das Amt für Gemeindedienst und das Amt für Öffentlichkeitsdienst, die beide in enger Anbindung an den Oberkirchenrat arbeiteten.

Das *Handbuch für Kirchengemeinderäte* von 1966 gliedert den Evangelischen Gemeindedienst in drei übergemeindliche Ämter und zwei landeskirchliche Werke:

- Amt für Gemeindedienst
 - Förderung der ortskirchlichen Arbeit
 - Bibelwochen
 - Büchereiarbeit
 - Schriftentische
- Amt für Öffentlichkeitsdienst
 - Weltanschauungsfragen
 - Verkehrserziehung
 - Freizeitgestaltung
- Amt für Volksmission
 - Zeltmission
- Frauenhilfe
 - Müttergenesung
 - Dorfhelferinnen

- Männerwerk
 - Seminare für Kirchengemeinderäte
 - Mesner
 - Lektoren

Die 1975 vorgenommene Neuordnung „mediatisierte“ gewissermaßen die seither dem Gemeindedienst angeschlossenen Dienste, die jetzt Teile des Gemeindedienstes wurden. Zusätzlich kamen noch zwei neue Arbeitsbereiche hinzu. Der Gemeindedienst hatte also jetzt sechs Abteilungen, deren Zusammensetzung erkennen läßt, welche Bedeutung neben anderen Themen inzwischen die Freizeitgesellschaft auch für die kirchliche Arbeit gewonnen hatte:

- Kirchliche Bildungsarbeit
 - Amt für missionarische Dienste
 - neu: Campingdienst, Naherholung
 - Kirche im Grünen
- Männerarbeit
 - auch: Mesner, Kirchenpfleger, Lektoren
- Frauenhilfe
 - Spätaussiedler
 - Müttergenesung
 - Dorfhelferinnen
 - Weltgebetstag
 - Pfarrerfrauendienst
- Ökumenische Studienarbeit (neu)
- Freizeit und Erholung (neu)
 - Campingdienst
 - Naherholung
 - Kirche und Sport
 - Familienferienstätten
- gemeinsame Verwaltung

Diese Abteilungen mit ihren unterschiedlichen Aufgaben wurden ausdrücklich zur Zusammenarbeit verpflichtet, unter Wahrung der notwendigen Selbständigkeit. Eine Abteilungsleiterkonferenz unter einem zu wählenden Vorsitzenden wurde eingerichtet, desgleichen ein Kuratorium, bestellt durch den Oberkirchenrat, dem auch die Dienstaufsicht über den Gemeindedienst oblag. Gleichzeitig mit dieser Ordnung wurden auch neue Ordnungen für die Frauenhilfe und das Männerwerk erlassen.

Näheres findet sich in der Selbstdarstellung des Gemeindedienstes, die im *Handbuch für Kirchengemeinderäte*, Ausgabe 1977, erschienen ist: „Der Gemeindedienst bietet seine Hilfe für Gemeinde, Distrikt, Kirchenbezirk und Region, für ehren- und hauptamtliche Mitarbeiter, aber auch für jedes Gemeindeglied.“ Dieses Angebot wurde in Sachausschüssen erarbeitet, die für die Themenbereiche Gottesdienst, Erziehung (Elternseminare) und Vakatur

(Arbeitshilfe) eingerichtet waren. Die sechs Abteilungen zeigen nun folgende Zusammensetzung, die erkennen läßt, wie den einzelnen Abteilungen stets neue Aufgaben zuwuchsen:

- Kirchliche Bildungsarbeit
Bibelwochen, Gemeinde- und Kirchengemeinderats-Seminare
- Missionarische Dienste
Evangelisation, Gemeindeaufbau, Hauskreise, Freizeiten, Kirche im Grünen
- Männerarbeit
Männerwerk, Lektoren, Mesner, Kirchenpfleger, Kirchentag
- Frauenhilfe
Dorfhelferinnen, Familienbildung, Landfrauen, Müttergenesung,
Spätaussiedler, Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen
- Ökumenische Studien
Beratung von Gemeinden
Evangelischer Bund
- Freizeit und Erholung
Studienarbeiten, Verteilschriften
Fachausschüsse und Projektgruppen

Auch in der Folgezeit fand ein weiterer Ausbau und Ausdifferenzierung des Gemeindedienstes statt. Dieses Wachstum ist natürlich mit Namen verbunden, die hier jedoch nicht genannt werden sollen. So erscheint z.B. 1983 neu ein Sachausschuß für Organisation des Pfarramts. Dafür fehlt der bisher bestehende Sachausschuß Erziehung. Hier, im *Handbuch für Kirchengemeinderäte*, Ausgabe 1983, erscheint erstmals auch ein beeindruckendes Organigramm des Gemeindedienstes.

1989 (*Handbuch für Kirchengemeinderäte*) wird die Struktur der sechs Abteilungen folgendermaßen dargestellt. Sie heißen nun:

- Gemeindeaufbau und -beratung
- Missionarische Dienste
- Männerarbeit
- Theologische Studien
- Freizeit und Erholung
- Frauenhilfe

Es sind also teils die klassischen Themen, teils wurde eine Präzisierung vorgenommen. So war ein Sachausschuß Gemeindeaufbau entstanden, bei den Missionarischen Diensten die Aktion „neu anfangen“. Bei den Theologischen Studien ist die Neustrukturierung besonders auffällig, die durch Erlaß des Oberkirchenrats von 1985 geregelt worden war. Diese Abteilung wurde damit in die beiden Referate Ökumenische Studienarbeit und Arbeitsstelle für Weltanschauungsfragen aufgeteilt. Hierfür wurde 1985 eine Geschäftsordnung erlassen.

1989 war diese Abteilung bereits erweitert durch die Arbeitsstelle für Umweltfragen. Auch die Leitungsstruktur des Gemeindedienst und die Zusammensetzung des Kuratoriums wurde 1987 neu geregelt.

Wieder neue Strukturen finden sich 1995 (*Handbuch für Kirchengemeinderäte*), indem die Abteilungen in Fachbereiche (FB) gegliedert sind:

- Abt. Missionarische Dienste – Freizeit und Erholung
 - FB Amt für Missionarische Dienste
 - FB Freizeit und Erholung
 - Landesarbeitskreis für Freizeit und Erholung (Ordnung von 1990)
- Abt. Frauen – Männer - Familie (FMF)
 - gemeinsame Ordnung von Männer- und Frauenwerk von 1994
- Abt. Theologische Studien
 - dabei: Umweltbeauftragter gemäß Erlaß des Oberkirchenrats von 1988
- Abt. Gemeindeentwicklung und Gottesdienst
- Verwaltung

Für den gegenwärtigen Stand des Gemeindedienst ist die Ordnung für den Evangelischen Gemeindedienst vom 28. März 2000 maßgebend, deren erster Satz lautet:

„Die gemeindebezogenen landeskirchlichen Dienste sind, soweit nicht andere Regelungen bestehen, im Evang. Gemeindedienst für Württemberg als einer Einrichtung der Landeskirche zusammengefaßt.“

Der lange Weg vom Volksbund zum Gemeindedienst vermittelt den Eindruck steten Wandels bei ständig erhöhtem Tempo. Dies ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß es sich beim Gemeindedienst um eine Einrichtung handelt, die eine Schnittstelle von Kirche und Gesellschaft darstellt, ein Ort, wo Kirche nicht nur reagiert sondern auch agiert. Einer der wichtigen Orte, wo dies zu geschehen hat, ist die Basis, die Gemeinde, da wo die Kirche am nächsten bei den Menschen ist.
